Ressort: Technik

Union wirft Barley Blockade im Kampf gegen Datendiebstahl vor

Berlin, 12.02.2019, 13:04 Uhr

GDN - In der Debatte über Konsequenzen aus der illegalen Veröffentlichung privater Daten von Politikern und Prominenten haben Unionspolitiker scharfe Kritik an Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) geübt. Das berichtet das "Handelsblatt" (Mittwochausgabe).

Hintergrund ist demnach ein neuer Straftatbestand "Digitaler Hausfriedensbruch", für den sich der Bundesrat auf Initiative der hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) ausgesprochen hatte. Ein entsprechender Gesetzentwurf, der ein höheres Strafmaß für Datendiebstahl vorsieht, liegt der Bundesregierung und dem Bundestag seit Frühjahr 2018 vor. Beim Bundesjustizministerium stößt der Entwurf jedoch auf Ablehnung. Der CDU-Sicherheitspolitiker Patrick Sensburg nannte es "längst überfällig", die Initiative Hessens aufzugreifen. Der Staat müsse die Bürger "in der digitalen Welt genauso umfassend schützen, wie im übrigen Leben", sagte der Bundestagsabgeordnete der Zeitung. "Bundesjustizministerin Barley ist hier bisher weitgehend untätig geblieben und blockiert jetzt auch noch die Initiative Hessens, was zulasten der digitalen Sicherheit der Menschen in unserem Land geht." Auch der Vize-Vorsitzende des Bundestags-Rechtsausschusses, Heribert Hirte (CDU), kritisierte Barley. "Das Bundesjustizministerium wäre gut beraten, nicht nur plakativ und kurzweilig gegen die großen Sozialen Medien zu poltern, sondern sich auch um die alltägliche Rechtssicherheit unserer Bürger in der neuen digitalen Realität zu kümmern", sagte Hirte dem "Handelsblatt". Der Rechtsstaat müsse mit den Möglichkeiten einer digitalen Umwelt Schritt halten. "Der Vorschlag aus Hessen, einen sogenannten digitalen Hausfriedensbruch einzuführen, geht daher in die richtige Richtung."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-119925/union-wirft-barley-blockade-im-kampf-gegen-datendiebstahl-vor.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619